



N i e d e r s c h r i f t
über die 10. - öffentliche - Sitzung
des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse
aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd -
zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte
Gesundheits- und Wirtschaftskrisen
am 12. April 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Themenblock 3:**
„Bildung, Schule, Kultur, Ehrenamt und Sport in Zeiten einer Pandemie“
Bezug: Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/7603](#)
Fortsetzung der Anhörung
AKKU - Arbeitskreis Niedersächsischer Kulturverbände 5
Schulleitungsverband Niedersachsen e. V. 11
Kultur verhungert - ARTE(N)SCHUTZ jetzt -, Hannoversche Hofkapelle
Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH) 17
2. **Verschiedenes** 25

Anwesend:**Mitglieder des Ausschusses:**

1. Abg. Kai Seefried (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Deniz Kurku (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
5. Abg. Oliver Lottke (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Wiard Siebels (SPD)
7. Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD)
8. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU)
9. Abg. Christian Fühner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Gerda Hövel (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Jens Nacke (CDU)
12. Abg. Helge Limburg (GRÜNE) (zeitweise)
13. Abg. Christian Grascha (FDP)

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses:

14. Abg. Julia Willie Hamburg (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein,

Beschäftigte Stürzebecher,

Prof. Dr. Duttge (wissenschaftliche Begleitung) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet).

Niederschrift:

Regierungsrätin March-Schubert (TOP 1),

Redakteurin Harmening (TOP 1),

Regierungsdirektor Pohl (TOP 2),

Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.01 Uhr bis 14.51 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschrift über die
9. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Themenblock 3:

„Bildung, Schule, Kultur, Ehrenamt und Sport in Zeiten einer Pandemie“

Bezug: Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/7603](#)

Fortsetzung der Anhörung

AKKU - Arbeitskreis Niedersächsischer Kulturverbände

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 31

Anwesend:

- **Hans Lochmann**
- **Klaus Bredl**

Hans Lochmann: Vielen Dank, dass wir heute hier sprechen dürfen. Mein Name ist Hans Lochmann. Ich bin Geschäftsführer des Museumsverbandes für Niedersachsen und Bremen. Klaus Bredl und ich teilen uns heute die zwei Punkte, zu denen wir Ihnen kurz vortragen wollen, und wir sind sehr interessiert, im Anschluss Ihre Fragen zu beantworten. Die schriftliche Stellungnahme aller Kulturverbände liegt Ihnen vor.

Wir alle kennen das aus dem eigenen familiären Umfeld: Jetzt, da unsere Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, entstehen Spannungen zwischen den Menschen. Was fehlt uns? - Offenbar doch vor allem Gemeinschaft, persönliche Begegnungen, erfreuliche Erlebnisse, Inspiration, Diskurse und Tapetenwechsel. Gestatten Sie mir dazu einen kleinen Exkurs. Kathrin Passig beschrieb das am Wochenende in der Beilage der *Frankfurter Rundschau* etwa so: Ein katholischer Gottesdienst mit seiner Atmosphäre, dem Kirchenraum, dem Gesang und dem Weihrauchduft ist digital nicht vermittelbar, eher schon ein evangelischer Gottesdienst, der auf das Wort und den Dialog mit der Gemeinde setzt.

Wir alle erfahren, dass viele Konferenzen digital wunderbar durchführbar sind. Aber eine Veranstaltung, die auf Repräsentation setzt, in der Politiker, Schauspieler, Musiker und andere eine un-

mittelbare Wirkung durch ihre Auftritte erzielen möchten, braucht einen Raum, Atmosphäre und anwesendes Publikum.

Welch ein Glück, dass parlamentarische Arbeit - so wie heute dieser Ausschuss - tatsächlich stattfinden kann! Ich habe es auch vorgezogen, Ihrer Einladung persönlich in Anwesenheit zu folgen. Vielen Dank nochmals, dass Sie uns hier heute anhören.

Frau Grütters hatte kürzlich verkündet:

„Wir haben eine Studie, die europaweit die Situation überprüft hat. Und die kommt zu dem Ergebnis, dass die Kulturszene, neben der Luftfahrt, am stärksten betroffen ist.“

Das Künstlertum, sagt Monika Grütters, habe einen großen gesamtgesellschaftlichen Wert.

In der Pandemie zeigen die zahlreichen prekären Beschäftigungsverhältnisse im Kulturbetrieb ihre Defizite mit voller Wucht auf. Viele Künstlerinnen und Künstler sind arbeitsrechtlich nicht einzuordnen und gehen leer aus. Sie profitieren weder von November- oder Dezember- noch von Erst- oder Neustarthilfen. Die Folgen sind finanzielle Not und zermürbende Kämpfe mit Arbeitsagenturen und Rentenkassen.

In den vergangenen Wochen aufgestellte Öffnungsszenarien schüren Hoffnung und werden wieder verworfen. Einerseits haben die Menschen Hunger auf Kultur. Andererseits ist es möglich, dass das Publikum, das zum Teil aus Risikogruppen besteht, nicht in vollem Umfang in die Kultureinrichtungen zurückkehrt, weil eine Restangst vor Ansteckung bleibt. Auch das junge Publikum könnte betroffen sein, weil es seine Freizeit am liebsten spontan gestaltet und sich mit der Buchung von Zeitfenstern schwertue. Da seien die Kultureinrichtungen also doppelt bedroht, so Grütters.

Mein Part ist es jetzt, noch ganz pointiert etwas zu den Hilfen für Kultureinrichtungen zu sagen.

Aus der Sicht der Landeskulturverbände stellen wir in Niedersachsen fest, dass die Hilfen sehr spät angekommen sind. Sie waren zunächst auf gewerbliche, wirtschaftliche Geschäftsbetriebe ausgerichtet. Gemeinnützige Träger blieben außen vor. Das Nothilfeprogramm des MWK zur Einrichtungsförderung hatte einen langen Weg

und war vielfach unpassend. Insbesondere waren Personalkostenförderungen ausgeschlossen. So selbstständige haben zu lange warten müssen und waren vernachlässigt. Der Entzug der beruflichen Grundlage wird von vielen so wahrgenommen.

Wir haben auch wahrgenommen, dass das Finanzministerium sehr oft gebremst hat, insbesondere als die Förderrichtlinien im MWK entwickelt wurden und dies ein sehr langer Weg war. Wir von AKKU hatten deswegen im vergangenen Jahr vor dem Landtag eine kleine Demo, eine Mahnwache gemacht und sogar kurz mit dem Finanzminister sprechen können.

Hilfen sehen wir als Wirtschaftsförderung und nicht in Form von Kultur- und Künstlerförderung. Dies sage ich, damit noch einmal deutlich wird, dass es einen Bereich gibt, der wirtschaftlich ganz massiv betroffen ist, und dass hierfür eine Förderung notwendig ist.

Kultur braucht aus unserer Sicht eine Perspektive. Sie muss auch in Zukunft gesellschaftlich und politisch gewollt sein. Sie kann gerade in kritischen Zeiten wie einer Pandemie gesellschaftlichen Kitt darstellen. Das fehlt uns im Moment. Dafür braucht Kultur auch in Zukunft Ihre Wertschätzung und ein auskömmliches Budget des Landes Niedersachsen. Es wäre sowohl Ihre Aufgabe als auch die der Kommunen, hierfür zu sorgen, um inspirierende Kultur für die Zukunft zu erhalten.

So weit erst einmal aus meiner Sicht.

Klaus Bredl: Auch ich darf mich ganz herzlich bedanken für die freundliche Einladung und die Möglichkeit, hier vorzutragen. Ich ergänze die Ausführungen von meinem Kollegen Herrn Lochmann in dem Bereich der Verordnungen und Stufenpläne.

Wir leben jetzt seit über einem Jahr in einem Verordnungssystem und müssen leider feststellen, dass wir uns noch immer sehr schwertun, uns da zu orientieren und zurechtzufinden. Ich glaube, das geht nicht nur den Kulturschaffenden so; das wird auch anderen so gehen. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, wie eine Verordnung aufgebaut und geschrieben ist und welche interne Logik sie besitzt.

Die Kultur leidet sehr darunter, dass sie zu wenig sichtbar ist. Sie hat keine eigene Kategorie. Sie ist unter verschiedenen Bereichen subsumiert und in sie unterteilt. Hinsichtlich der Klage, die ich sehr berechtigt finde, dass die Kultur nicht gesehen wird und sich nicht verstanden oder zurückgesetzt fühlt, können wir schon bei der Verordnung anfangen und fragen: Warum sind eigentlich der Sport und der Bildungsbereich sehr klar strukturiert und aufgeführt, aber die Kultur eben nicht?

Dies würden wir gern mit der Forderung verbinden, im Verordnungssystem und auch im Stufenplan eine eigene Kategorie für den Bereich der Kultur zu definieren, um dann auch entsprechende Unterkategorien bilden zu können, die uns helfen werden, uns besser zu orientieren oder zu lokalisieren. Es hat auch etwas mit Wertschätzung zu tun, die Kultur als einen wichtigen gesellschaftlichen Bereich sichtbar auszuweisen.

Den Vergleich zu Bildung und Sport habe ich gezogen. Da gibt es offenbar eine bessere Lobby, oder woran auch immer das liegen mag. Wir vermissen das jedenfalls sehr.

Ich möchte gern noch einen kurzen Exkurs in den Bereich der kulturellen Bildung machen. Ich denke, die Bedeutung von kultureller Bildung ist allgemein bekannt und braucht jetzt hier keine weitere Vertiefung von mir zu erfahren.

Die kulturelle Bildung, wie sie etwa von den Musik- und Kunstschulen, aber auch von vielen anderen Akteuren im Bereich von Museums- und Theaterpädagogik repräsentiert wird, befindet sich in der Verordnung in sehr seltsamer Gesellschaft mit Fahr-, Flug- und auch Hundeschulen. Dies hat vielerorts für Erheiterung gesorgt. Dass den Fahr-, Flug- und Hundeschulen der Betrieb in letzter Zeit wieder erlaubt war, aber den Musik- und Kunstschulen nicht, haben wir allerdings mit Entsetzen und Besorgnis zur Kenntnis genommen. Diese Benachteiligung hat sich uns nicht erschlossen.

Wir haben beizeiten mit, wie ich denke, sehr überzeugenden Argumenten für eine vorsichtige Öffnung plädiert, damit aber keinen Erfolg gehabt. Letztlich bedurfte es dann einer Klage und der Feststellung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg, dass das bestehende Betriebsverbot aufgehoben werden musste und musikalischer oder anderer Einzelunterricht per richterlicher Verfügung wieder erlaubt wurde. Auch das, finden wir,

wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Behandlung von Kultur und kultureller Bildung.

In ganz Niedersachsen existiert eine sehr ausgeprägte Kultur der Zusammenarbeit zwischen Schulen und außerschulischen Einrichtungen der Kultur. Zu nennen sind die Einrichtungen, die ich vorhin schon erwähnt habe. Die Angebote sind vielfach mit den schulischen Angeboten verschränkt und verzahnt und in das pädagogische Konzept eingebunden. Diese Entwicklung ist über lange Jahre hinweg politisch gewollt und auch forciert worden. Es gibt Modellprojekte, z. B. „Kultur macht Schule“ oder auch „Wir machen die Musik!“ im musikalischen Bereich. Wir haben gelernt, dass wir sehr gut miteinander umgehen können und dass wir uns aufeinander beziehen. Wir haben ja auch dieselbe Zielgruppe, nämlich Kinder und Jugendliche.

Die Träger der kulturellen Bildung geben sich jede erdenkliche Mühe, verantwortungsvoll zu handeln. Sie haben umfassende, ausgereifte und erprobte Schutz- und Hygienekonzepte. Die Lerngruppen sind überschaubar und gut handhabbar. Deshalb schlagen wir vor, Einrichtungen der kulturellen Bildung in den Verordnungen und Plänen den Schulen gleichzustellen. Das würde vieles erleichtern, beispielsweise die gemeinsame Arbeit. Vor allen Dingen wären auch Planungssicherheit und Orientierung gegeben, und vor allem würde auch den vielen Kindern und Jugendlichen geholfen werden; denn sie haben dann wieder einen Zugang zu kulturellen Angeboten. Damit ist auch ihre Teilhabe gewährleistet. Das ist ein großer Wunsch von uns. Wir halten dies für sehr sinnvoll.

Abschließend möchte ich einen kurzen Ausblick geben. Aus den bisherigen Verordnungen und Stufenplänen können wir keine verlässliche Grundlage für Öffnungsstrategien für den Kulturbereich erkennen. Dies ist zu starr an Inzidenzwerten orientiert und wird sehr pauschal und relativ undifferenziert betrachtet. Besser wäre es, wenn man Kulturveranstaltungen auf der Grundlage von individuellen Konzepten und aus örtlichen Rahmenbedingungen heraus betrachtet und versucht, dort das möglich zu machen, was möglich ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Initiative des Forums Veranstaltungswirtschaft verweisen, das eine große Allianz von Kultur, Sportverbänden und der Veranstaltungswirtschaft

bildet. Es gibt ein „Manifest Restart“, wie es so schön heißt. Wir finden, das ist ein vielversprechendes Konzept, womit man eine Basis schaffen kann. Das ist zwar eine recht komplexe und komplizierte, aber doch recht einleuchtende Matrix. Auf dieser Grundlage kann man hinsichtlich der Durchführung von Kulturveranstaltungen wieder planen. Abseits von Inzidenzwerten kann man das sehr gut in die Tat umsetzen. Dieses Konzept führt aus unserer Sicht auf einen sehr interessanten und vielversprechenden Weg und sollte von der Politik aufgegriffen werden. Das wäre aus unserer Sicht ein interessantes Ampelsystem für die Kultur.

An dieser Stelle beende ich meinen Vortrag. Ich freue mich über Ihre Rückmeldungen.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Vielen Dank, Herr Lochmann und Herr Bredl, für Ihre Ausführungen und den Blick auf das vergangene Jahr. Sie haben, wie auch schon in der schriftlichen Stellungnahme, auf die wesentlichen Kritikpunkte hingewiesen, insbesondere im Hinblick darauf, was die Gleichstellung mit anderen Bereichen angeht, die Sie genannt haben - wie Bildung und Sport -, und Sie haben gesagt, dass der Kulturbereich häufig hintansteht. Jetzt besteht für uns die Gelegenheit, Fragen an Sie zu richten.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Herzlichen Dank für die Erläuterungen.

Zunächst einmal eine allgemeine Anmerkung von mir vorneweg: Ich kann sehr gut nachvollziehen, dass es im Bereich der Kultur ein - ich sage es einmal diplomatisch - Bauchgrummeln bezüglich der Behandlung gibt, weil die Kultur in der Kommunikation im Prinzip immer mit Freizeitaktivitäten gleichgesetzt wird. Am Ende ist natürlich auch die Kultur ein Teil der Freizeitgestaltung, aber selbstverständlich noch viel mehr. Dass man sich hinsichtlich der Priorität bei Öffnungsschritten und -diskussionen manchmal einen deutlichen Schwerpunkt bei der Kultur wünscht, kann ich sehr gut nachvollziehen, zumal dies auch identitätsbildend für unser Land ist. Daher kann ich die Kritik, die Sie geäußert haben, absolut nachvollziehen, und ich teile sie auch.

Ich komme zu meinen konkreten Fragen an Sie: Wir haben ja im Moment in Niedersachsen Modellkommunen, die in einem zeitlich befristeten Bereich, aber auch örtlich abgegrenzt bestimmte

Öffnungsstrategien ausprobieren. Dabei ist ausdrücklich auch die Kultur genannt. Im Moment - so zumindest habe ich gestern die Pressemitteilung des Sozialministeriums verstanden - ist das erst einmal gestoppt worden. Aber es steht grundsätzlich im Raum, bestimmte Erfahrungen über solche Modellkommunen zu sammeln. Ich halte das für eine wichtige Sache. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren: Wie bewerten Sie solche Vorhaben, um auch damit Erfahrungen zu sammeln, um spätere Öffnungsschritte flächendeckend zu ermöglichen? - Das ist die eine Frage.

Die andere Frage ist: Ich glaube, dass bis mindestens Mitte des Jahres wahrscheinlich auch kulturelle Veranstaltungen nur mit entsprechenden Hygiene- bzw. wahrscheinlich sogar Testkonzepten wieder in Gang gebracht werden können. Dazu die Frage an Sie, auch aus Ihren Organisationen heraus: Wo wünschen Sie sich möglicherweise noch mehr Unterstützung bei der Entwicklung dieser Hygiene- bzw. Testkonzepte?

Hans Lochmann: Das sind Punkte, die uns aktuell tatsächlich sehr bewegen. Wir hatten den Wink bekommen, dass solche Modellversuche gestartet werden sollen. Ich hatte dann Kolleginnen und Kollegen insbesondere in meinem Bereich, dem Museumsbereich, angesprochen und gefragt, ob sie Lust hätten, als Museum mit anderen Kultureinrichtungen zusammen zu partizipieren. Der eine Standort, den ich vorgeschlagen habe, war leider nicht bei der Auswahl dabei. Das betrifft ja auch den zweiten Bereich.

Wir haben im Museumsbereich die Erfahrung gemacht: Die Museen haben ein gewisses Privileg, weil sie früher öffnen durften, beispielsweise auch jetzt wieder. Nach dem ersten Lockdown haben wir als Museumsverband die Erfahrung gemacht, dass wir sehr auf uns alleine gestellt waren, entsprechende Hygieneempfehlungen auszusprechen. Es gab keinerlei Rückkopplung mit einer Landesgesundheitsbehörde. Das wäre da wirklich wünschenswert gewesen. Wir haben uns dann national ausgetauscht, nationale Strategien entwickelt und festgestellt, dass das sehr wichtig war. Die Community hätte sonst gar nicht aufgemacht. Wenn nicht vom Landesverband und vom Land selbst Empfehlungen kommen, wie wir das anpacken, welche Regeln zu bedenken sind und wie die Verordnungen zu übersetzen sind, dann ist das sehr schwierig.

Aktuell geht es um das Thema - das haben wir auch im Zusammenhang mit den Modellkommunen diskutiert -: Können größere Kultureinrichtungen auch selbst Testzentren vorhalten? - Gerade heute Mittag habe ich mit dem MWK darüber diskutiert. Ich habe jetzt Kontakt mit der Kassenärztlichen Vereinigung aufgenommen, weil sie möglicherweise Partner ist, solche Testzentren zu betreiben. In den Betrieben gibt es schon Panik unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie selbst Tests in Schutzkleidung durchführen müssten und dafür gar nicht geschult sind. Zunächst sind also erst einmal ganz pragmatische Dinge zu klären.

Grundsätzlich sind wir uns, glaube ich, auch spartenübergreifend einig, dass sich Kultureinrichtungen in räumlicher Nähe, in einer Kommune zusammenschließen und Vorbereitungen treffen können, auch was die ganzen Zugangsregelungen, die Nutzung einer Aufzeichnungs-App und dergleichen mehr betrifft, bis hin zu Aufgaben, wie sich an Testeinrichtungen zu beteiligen. Schließlich haben wir alle ein Interesse daran, die Kultur möglichst bald wieder zugänglich machen zu können.

Wir haben im Sommer letzten Jahres im touristischen Bereich erlebt, dass die Kulturveranstaltungen und die Museen insbesondere an der Nordseeküste sehr gut besucht waren. Sie hatten sich mit den Besucherregelungen abgemüht. Das ist ein sehr hoher zusätzlicher Aufwand für die Kultureinrichtungen gewesen. Es ist von 20 Euro pro Besucher die Rede, was die ganzen Infrastrukturmaßnahmen angeht, die da vorgehalten werden müssen. Da kommt auf alle Fälle ein zusätzlicher Aufwand auf die Einrichtungen zu.

Grundsätzlich möchte ich für unsere Mitglieder behaupten, dass die Kultureinrichtungen sehr daran interessiert sind, die Hygienekonzepte möglichst mit Unterstützung der Landesgesundheitsbehörden weiterzuentwickeln und auch aktiv an Testzentren und dergleichen mitzuwirken, um den Publikumsverkehr wieder möglich zu machen.

Klaus Bredl: Ich möchte das voll unterstützen. Ich finde es von ganz besonderer Bedeutung auch für die Kultur, damit sie jetzt langsam wieder in Fahrt kommen kann, dass sie sich aktiv an diesen Modellkommunen beteiligt, dass Zugänge wieder geschaffen werden und dass Besucher die

Möglichkeit haben, in sehr begrenztem Umfang wieder in das kulturelle Leben einzusteigen.

Was die Tests betrifft, so sprechen wir von Tests für Besucher, für Publikum, aber natürlich auch von der Testung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Kulturbereich gibt es auch sehr viele freie Trägerschaften und sehr viel Ehrenamt. Da werden auch die finanziellen Möglichkeiten sehr begrenzt sein, eine Vielzahl von Tests zur Verfügung zu stellen. Insofern bitte ich Sie, nach Lösungen zu suchen, wie den Einrichtungen im Bereich der Kultur für die Testung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie natürlich auch des Publikums entsprechende Testsets zur Verfügung gestellt werden können.

Ich glaube, die kommunalen Einrichtungen sind eher weniger davon betroffen - das ist zumindest meine Wahrnehmung -, weil das dann über die Kommunen organisiert und auch ermöglicht wird. Aber gerade bei den freien Trägern gibt es da erhebliche Probleme.

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Vielen Dank für Ihre Schilderungen. Die Probleme hören wir ehrlicherweise nicht zum ersten Mal, um das deutlich zu sagen. Aber es ist richtig, dass wir das auch hier im Sonderausschuss noch einmal so deutlich thematisieren.

Ich habe eine kleine Nachfrage. Sie haben den konkreten Vorschlag gemacht, dass man kulturelle Bildung wie Bildung allgemein behandeln sollte. Über welchen Raum reden wir dann? Ich kann mir unter kultureller Bildung - Sie haben die Beispiele selbst genannt - eine Kunsthochschule und eine Musikschule vorstellen. Aber was würde ein so definierter Begriff alles umfassen, im Zweifel auch die Kreisvolkshochschule, den Kurs A, B oder C? Können Sie das für mich umreißen?

Hans Lochmann: Für die Kreisvolkshochschule und die Erwachsenenbildung kann ich nicht sprechen. Da sind mir die Strukturen zu wenig vertraut. Dazu können Berufene Auskunft geben.

Ich hatte ja Bezug genommen auf die vielfältigen Beziehungen, die zwischen schulischen Einrichtungen und außerschulischen Kultureinrichtungen existieren. Dies hat sich über die Jahre zu einem Kern der Arbeit auch der kulturellen Anbieter entwickelt.

Wie ich aus meiner eigenen beruflichen Praxis sehr oft zu hören bekomme, gibt es einen sehr starken Wunsch der Schulen, dass ihre außerschulischen Partner wieder dazukommen und das Angebot mitgestalten können. Da gibt es natürlich große Verunsicherungen. Ich nenne nur die Musikschule, die nicht weiß, ob sie überhaupt aktiv werden darf. Wir hatten ja jetzt eine lange Zeit das Präsenzangebot untersagt bekommen. Aber in Schule soll das dann plötzlich wieder möglich sein. Da gibt es so viel Verwirrung, so viel Unklarheit, aber auch so viel Bedarf und Bedürfnis vonseiten der Lehrkräfte, der Eltern und der Kinder, dass wir es uns insgesamt als sehr guten Weg vorstellen können, wenn wir die Reglements einander angleichen und die Zusammenarbeit erleichtert wird.

Ist das einigermaßen eine Antwort auf Ihre Frage?

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Das war eine Antwort auf meine Frage. Ich möchte trotzdem gern nachhaken, wenn ich darf. Wenn man Schule öffnet, dann weiß man, dass man über soundso viele Tausend Lehrer und soundso viele Tausend Schüler in Niedersachsen redet. Dann kann man das jedenfalls organisatorisch irgendwie kalkulieren. Das Infektionsgeschehen - das wissen wir ja - lässt sich nur relativ schwer vorhersagen.

Wenn ich aber über den Bereich kulturelle Bildung rede und den dort eingliedern möchte, über wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Bildungsgebende, also Lehrkräfte im weitesten Sinne, reden wir dann? Gerade wenn wir in der Verordnung etwas regeln wollen, dann muss das glasklar definiert sein. Das ist ja die Ursache dafür, dass die Verordnungen für Normalbürger - vorsichtig formuliert - nur schwer durchsichtig sind. Sie müssen gerichtsfest sein und juristisch einwandfrei formuliert werden. Können Sie spezifizieren, über wie viele Leute wir da reden?

Klaus Bredl: Ich kann das jetzt ad hoc aus der Hüfte verlässlich nur für den Bereich nennen, den ich selbst vertrete, nämlich für die Musikschulen. Dort unterrichten ca. 3 000 Lehrkräfte rund 150 000 Kinder und Jugendliche in regelmäßigen Angeboten. Ein Teil der Begegnungen der Lehrkräfte und der Schüler findet auch im Bereich von Schule statt. Viele Musik- und auch Kunstschulen verfügen über keine eigenen Häuser. Insofern finden deren Unterrichtsangebote traditionell auch

in Schulen statt. Das heißt, die Schulen werden auch räumlich genutzt. Das Geflecht ist so vielfältig und so eng aufeinander bezogen, dass viel dafür spricht, diese Verbindungen besser zu nutzen und in den Verordnungen zusammenzuführen.

Hans Lochmann: Wenn ich das noch kurz für den Museumsbereich ergänzen darf, weil man den dabei vielleicht nicht im Blick hat. Museen bieten auch umfangreiche museumspädagogische Angebote. Es gibt Museen, die 20 bis 40 % ihrer Besucherzahlen durch den Besuch von Schulklassen generieren - nicht nur kurz vor der Zeugnisvergabe, sondern die Klassen nehmen da generell intensiv an Bildungsangeboten teil. Das ist seit März letzten Jahres komplett weggebrochen und findet überhaupt nicht statt.

Ich kann jetzt keine präzisen Zahlen nennen. Aber ich schätze, dass in den größeren Museen in Niedersachsen vielleicht 150 bis 200 pädagogische Kräfte im Einsatz sind. Das ist ein übersichtliches Personal. Ich denke, dass von den 6,5 Millionen Besuchen, die die Museen normalerweise verzeichnen, 1,5 bis 2 Millionen Besuche von Kindern und Jugendlichen gewesen wären, wenn sie denn stattgefunden hätten. Wir hatten sogar angeboten, dass Museumsräume von Schulen genutzt werden, was zum Teil auch geklappt hat.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Ich möchte eine Frage anschließen, die ich immer ganz gern an unsere Anzuhörenden stelle. Wir haben mittlerweile ein Jahr Pandemie hinter uns. Als dieser Ausschuss eingesetzt worden ist, hatten wir alle eigentlich gehofft, dass wir uns in der Zeit, in der der Ausschuss seine Arbeit durchführt, in einer deutlich besseren Situation befinden. Wie wir bei dieser Pandemie aber sehen, sind wir im Nachhinein immer viel schlauer und lernen jedes Mal dazu, sodass man rückblickend schon sehr viele Schlüsse aus dieser Situation ziehen kann.

Deswegen rückblickend die Frage: Was ist aus Ihrer Sicht der größte Fehler für den Bereich gewesen, den Sie zu verantworten haben? Was hat Sie am meisten getroffen, bzw. was hätten Sie sich gewünscht? Sie haben ja bereits grundsätzliche Ausführungen dazu gemacht.

Klaus Bredl: Die heftigen finanziellen Einbußen haben uns natürlich sehr getroffen. Kultur hat im überwiegenden Fall einen sehr hohen Grad von Eigenfinanzierung. Das heißt, die Eintrittsgelder,

die Gebühren, alles, was von Teilnehmern kommt, ist plötzlich weg. Es kommen aber noch sehr hohe Mehrbelastungen durch bauliche Zusatzausrüstungen, Personalkosten und dergleichen hinzu. Das heißt, das finanzielle Loch ist sehr groß geworden.

Ich erinnere mich noch daran - Herr Lochmann hat es anfangs gesagt -, dass wir geradezu verzweifelt versucht haben, Förder- und Hilfsprogramme zu initiieren, und das Land gebeten haben, hier aktiv zu werden. Wenn ich nur daran zurückschneide, wie schwierig es war, hier vorzudringen oder zu einem Ergebnis zu gelangen, mit dem die Kultur auch etwas anfangen konnte! Ich würde sagen: Das hat einfach viel zu lange gedauert.

Hans Lochmann: Ich ergänze das gern aus meiner Sicht und werfe dabei den Blick auf die Akteure. Die Kultur ist von außen gesehen sehr unübersichtlich. Man kennt die verbeamteten Staatstheatermitarbeiter und die Orchesterangehörigen. Aber es gibt eben auch ein ganz breites Ehrenamt im Kulturbereich, ähnlich wie beim Sport.

Verzeihen Sie, dass ich noch einmal den Museumsbereich zitiere, aber da ist es besonders. Etwa 80 % der Einrichtungen sind kleine Museen im ländlichen Raum. Die sorgen für eine lebendige gesellschaftliche Infrastruktur und sind jetzt absolut demotiviert. Da sind zum Teil Hochbetagte dabei. Die kleinen Museen haben zum Teil bis heute nicht wieder geöffnet. Da ist eine große Verunsicherung eingetreten.

In Zukunft muss der Blick auch auf die ehrenamtlichen Akteure, aber nicht zuletzt auch auf die Soloselbstständigen gerichtet werden, die hier schon mehrfach angesprochen worden sind, sich jetzt in relativ prekären Arbeitsverhältnissen befinden, vorher aber nicht geklagt haben. Die Menschen haben sehr unterschiedliche Lebensmodelle. Einige sind auch mit einem Engagement zufrieden, das kein geregelteres Einkommen bringt. Ich habe gehört, dass sich allein im Landkreis Peine im Rahmen des Kulturentwicklungskonzepts 50 bildende Künstlerinnen und Künstler niedergelassen haben. Dies macht deutlich: Die Menschen leben überall im Land. Sie haben vorher auch wirtschaftlich beigetragen und sind jetzt in großer Not.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Vielen Dank, dass Sie als starke Interessenvertreter genau dieser Bereiche hier heute vorgespochen haben und entsprechend aktiv sind. Vielen Dank für Ihr Engagement und dafür, dass Sie uns für das Gespräch zur Verfügung gestanden haben.

Schulleitungsverband Niedersachsen e. V.

per Videokonferenztechnik zugeschaltet:

- **Andrea Kunkel**
- **Katharina Badenhop**

Andrea Kunkel: Herzlichen Dank für die Einladung. Die Stimme des SLVN wird gehört. Darüber freuen wir uns sehr. Wir nehmen regelmäßig an Verbändegesprächen und am Jour fixe mit Herrn Minister Tonne teil. Wir freuen uns deshalb umso mehr, dass wir auch hier die Möglichkeit haben, uns zu positionieren.

Frau Badenhop und ich haben uns den Vortrag aufgeteilt, sodass Sie im Wechsel zwei unterschiedliche Sprecherinnen hören werden. Wir wollen kurz die Aufgaben vorwegstellen, die der Schulleitungsverband ganz generell hat; denn daraus generieren sich letztlich die ganzen Besprechungspunkte, die wir Ihnen gleich darbieten werden.

Wir vertreten die Interessen der Schulleitungen in Niedersachsen und sind bundesweit der größte Schulleitungsverband. Wir sind nah an den Schulleitungen aller Schulformen. Vertreter aller Schulformen sind bei uns im Vorstand des Schulleitungsverbands vertreten.

Die Interessenlagen der einzelnen Schulformen - das wird Sie nicht überraschen - sind keineswegs einheitlich und immer auch von regionalen Bedingungen, von schulformspezifischen Ausrichtungen und leider auch von unterschiedlichen Interpretationen der Landesämter bei Nachfragen zu Verordnungen usw. abhängig. Dies führt oft zu Konflikten zwischen den Landesämtern und den Schulleitungen.

Der Schulleitungsverband Niedersachsen bemüht sich um eine Konsensbildung trotz aller Ungleichheiten unter den Schulformen, z. B. - wir benennen das ganz deutlich - der katastrophalen Besoldung der Schulleiterinnen und Schulleiter an

Grundschulen, was durchaus als Ausdruck mangelnder Wertschätzung gesehen wird.

Die Corona-Politik zeigt uns derzeit, wie wichtig es ist, dass wir versuchen, einen Konsens zu bilden, anstatt ausschließlich Alleingänge zu initiieren. - So viel vorweg.

Katharina Badenhop: Ich freue mich, zusammen mit Frau Kunkel einige Erfahrungen mitteilen zu können und natürlich - - -

(Störung der Videoübertragung)

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Frau Badenhop, ich glaube, Ihr Empfang bereitet uns Probleme. Bei Frau Kunkel hat das eben hervorragend geklappt - ich sehe sie auch nach wie vor -, aber Frau Badenhop haben wir jetzt im Standbild.

Frau Kunkel, könnten Sie vielleicht übernehmen und erst einmal fortsetzen? - Wir schauen in der Zwischenzeit, ob Frau Badenhop ihre Verbindung irgendwie verändern kann.

Andrea Kunkel: Ja, ich kann übernehmen.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Das wäre gut; denn ich glaube, das Problem wird sich kurzfristig nicht lösen lassen. Wenn Frau Badenhop zwischenzeitlich einen besseren Empfang hat, können wir natürlich wieder wechseln.

Andrea Kunkel: Ich hatte ganz kurz die allgemeinen Aufgaben des SLVN skizziert und möchte jetzt schwerpunktmäßig darauf eingehen, welche Aufgaben wir im Laufe der Pandemie wahrgenommen haben.

Die Pandemie zeigt die strukturellen bildungspolitischen Defizite und Grenzen auf, die es definitiv schon vor der Pandemie gegeben hat. Dies wird an vielen Stellen persönlicher Betroffenheit von Schulleitungen sichtbar, die uns im SLVN auch bestürzen. Schulleitungen geraten zunehmend an ihre Grenzen und darüber hinaus.

Womit kann das zusammenhängen? - Wir haben vielfältige Rückmeldungen, dass Schulleitungen situatives, eigenverantwortliches Handeln verwehrt wird, obwohl die Einschätzung der Situationen durch Schulleitungen am besten erfolgen kann. Die eigenverantwortliche Schule ist dann nicht gefragt - diesen Eindruck gewinnen wir -, wenn es um sinnvolles, logisches, pragmatisches

Mitdenken und Gestalten von praktikablen Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort durch die Schulleitungen geht, die ihre Systeme letztendlich am besten kennen.

Wenn es allerdings im Umkehrschluss um die Umsetzung von Rundverfügungen und Verordnungen geht, zeigen die Ereignisse des vergangenen Jahres - das ist an dieser Stelle kein Exkurs zur aktuellen Situation -, dass bei allen Widersprüchlichkeiten, Unüberlegtheiten und Unklarheiten, die den verschiedenen Abteilungen bei den Zuarbeiten durchaus einmal unterlaufen können - das ist keine grundsätzliche Kritik -, Verantwortlichkeiten blitzschnell auf Schulleitungen übertragen werden.

Ich nenne nur folgende Beispiele: Schnelltests in der Schule und zu Hause, Umsetzung von Hygienekonzepten, Garantie korrekter medizinischer Durchführung, Anschaffung von Hygienematerial aus dem Schulbudget, komplizierte und ineffiziente Dokumentationspflichten sowie unsichere Schulleitungsentscheidungen bei Kontakt- und Quarantänezuweisungen, weil das Gesundheitsamt - nicht flächendeckend - in diesem Bereich nach wie vor verspätet reagiert. - Das heißt, wir sind zum Handeln gezwungen, weil natürlich auch Gefahr im Verzug ist.

Wir arbeiten dem MK intensiv zu. Wir informieren über Situationen an der Basis, wir fassen zentrale Problembereiche zusammen. Im vergangenen Jahr haben wir weit über 40 Stellungnahmen verfasst, in denen aus den Reaktionen der Schulleitungen Forderungen an die Politik abgeleitet wurden. Wir haben die E-Mail-Adresse corona@slvn.de geschaltet. Dabei sind ganz viele Anliegen zur Sprache gebracht worden.

Dass es von uns keine schriftliche Stellungnahme gibt, ist auch der gegenwärtigen Situation geschuldet.

Was uns betroffen macht - ich habe das eben schon gesagt -, ist, wenn Schulleitungen an die Grenze ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit gelangen oder diese bereits überschritten haben, ihr Amt niederlegen wollen, es auch tun - uns liegen einige Fälle vor - und von ihren Vorgesetzten nahezu keine Unterstützung erhalten.

Was sind die zentralen Problembereiche? - Das ist die Frage nach der Fürsorgepflicht für Schulleiterinnen und Schulleiter inklusive Gesundheits-

und Arbeitsschutz: Wer übernimmt die Verantwortung für uns? Wer ist verantwortlich und übernimmt die Aufgabe, die von uns auf der anderen Seite gegenüber unserer Schulgemeinschaft erwartet wird und die für uns selbstverständlich ist?

Ein weiterer Problembereich ist: In der Öffentlichkeit wird nicht deutlich genug, dass Schulleitungen seit über einem Jahr in einem 24/7-Modus arbeiten, d. h. 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche. Wir bitten, das nicht als Jammern zu verstehen. Wir gehen davon aus, dass Sie als Politiker vermutlich nicht weniger arbeiten. Das ist einfach die Realität.

Wenn Verordnungen am Samstag oder am Sonntag - zum Teil nachts - versandt werden, die möglichst am kommenden Montag umgesetzt sein sollen, dann ist das keine Wertschätzung unserer Arbeit als systemrelevante Bildungsinstitution, die die Schule im wahrsten Sinne des Wortes am Laufen hält, mit hochengagierten Lehrerinnen und Lehrern, Mitarbeitenden und Schulleitungen, die ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, damit der Bildungsauftrag trotz der Einschränkungen und trotz hoher Infektionslage erfüllt werden kann. Das heißt, 24/7 muss durch ein anderes Format ersetzt werden. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Wir haben gerade einen Arbeitstitel, der lautet „von Montag um 8 Uhr bis Freitag um 14 Uhr“.

Was ganz deutlich ist: Zur Umsetzung der Verordnungen brauchen wir einen anderen Vorlauf. Das System, das wir hier verantworten, braucht Zeit, um die Dinge, die umgesetzt werden sollen, auch wirklich qualitativ gut umsetzen zu können.

Ein Punkt beschäftigt viele Schulleitungen nach wie vor ganz intensiv. Dabei geht es um das Thema Impfen. Es gibt Impfangebote für die Kolleginnen und Kollegen an den Förder- und den Grundschulen. Aber es gibt bisher noch kein Impfangebot für die Kolleginnen und Kollegen der weiterführenden Schulen. Das heißt, auf der einen Seite, im Szenario B - so, wie es möglich ist - werden die Schulen geöffnet, aber das Impfangebot fehlt.

Ich komme jetzt auf die Landesverordnung vom Freitagabend zu sprechen, weil man das einfach sagen muss. Ab heute gilt an Schulen ein Betretungsverbot für nicht getestete Personen. Da kommt das zum Tragen, was ich vorhin schon gesagt habe. Man kann grundsätzlich sagen: Ja, das ist gut und richtig. Die Maßnahme ist positiv. -

Aber hieran wird noch einmal deutlich, dass der Weg der Umsetzung viel Zeit braucht. Wer soll das denn kontrollieren, an welchen Eingängen usw.? Und wie sieht es, wenn wir jetzt einmal die Schulbeschäftigten sowie die Schülerinnen und Schüler ausnehmen, mit Postboten, Handwerkern und all den Menschen aus, die sonst noch Zutritt zur Schule haben wollen? Wer führt da die Kommunikation vor Ort? Wer ist Ansprechpartner dafür? Wer organisiert das alles und sorgt dafür, dass das umgesetzt wird? - Das sind letztlich die Schulleitungen. Aber wann sollen sie das machen?

Das bedeutet letztlich in der Konsequenz, dass Schulleitungen komplett von der Unterrichtsverpflichtung befreit werden müssen. Das ist so einfach nicht zu leisten, insbesondere nicht für Kleinsysteme.

Noch einmal: Die grundsätzliche Maßnahme, die Schulen zu sichern und zu sagen, nur wer einen negativen Test vorweisen kann, darf die Schule betreten, ist positiv. Aber der Weg der Umsetzung braucht Zeit.

Darf ich Frau Badenhop eine Frage stellen? - Ich würde gern wissen, ob ich weitermachen soll.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Frau Badenhop hatte zwischendurch im Chat geschrieben, dass sie gar keinen Empfang habe. Wir sehen aber, dass das Mikrofon bei ihr wieder eingeschaltet ist. Frau Badenhop, wollen Sie es noch einmal versuchen?

Katharina Badenhop: Wenn ich vielleicht noch ergänzen darf: Uns liegt am Herzen eine rechtzeitige - - -

(Störung der Videoübertragung)

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Wir haben es versucht, Frau Badenhop. Es tut mir wirklich sehr leid, aber wir können leider nichts verstehen. Das Bild und der Ton bleiben immer stehen.

Frau Kunkel, Sie müssen das jetzt zum Abschluss bringen. Danach gehen wir gleich in die Diskussionsrunde.

Andrea Kunkel: Dann mache ich jetzt einfach weiter. - Damit das einmal klar wird: Jede wöchentliche Veränderung, jeder Anhang der Ministerschreiben müssen erst einmal an alle beteilig-

ten Adressaten - Eltern, Schülerinnen und Schüler, Kolleginnen und Kollegen usw. - kommuniziert werden, natürlich gewissenhaft und aus der jeweiligen Perspektive. Alle komplexen Abläufe der Schulorganisation sind betroffen. Das funktioniert nicht mal eben so schnell. Noch einmal: Das braucht Zeit.

Der Bereich der Kommunikation - das ist uns wichtig zu sagen - hat sich für uns als Schulleitungen in der Pandemiezeit mit Sicherheit verdoppelt. Uns erreichen natürlich auch ganz viele Fragen, es werden Ängste beschrieben usw. All das muss auch gewissenhaft beantwortet werden.

Die Politik fordert ja versetzte Pausen und Anfangszeiten sowie ein Ausweichen in den Nachmittagsunterricht. Da stellt sich immer die Frage, mit welchen Lehrerstunden das geschehen soll, wenn die Lehrkräfte ihr Stundendeputat erfüllt haben und durch die Bedienung unterschiedlicher Szenarien doppelte Arbeitszeit erbringen. Es ist auch schwierig, zu sagen, man könne Gruppen ganz leicht auslagern. Sicherlich ist viel möglich, aber es braucht viel Energie und viel Zeit, um das umzusetzen.

Es ist auch nach wie vor schwierig, Absprachen unter den Schulen und mit den Verkehrsbetrieben hinzubekommen. Das geht nicht mal eben von Tag zu Tag und ist oft nahezu unmöglich zu realisieren. Dennoch leisten dies viele Schulleitungskolleginnen und -kollegen in ganz engagierter Weise, was wirklich bewundernswert ist. Sie setzen sich dabei oft der Kritik der Behörden untereinander aus.

All das, was Schulleitungsarbeit in der Pandemie ausmacht, steht nicht alleine; denn wir haben neben der Pandemie auch noch den ganz normalen Alltag, beispielsweise mit der Begutachtung der zu verbeamtenden neuen Kolleginnen und Kollegen, mit Einstellungs- und Beförderungsmaßnahmen, mit der Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren, mit ganz unterschiedlichen Formaten in den unterschiedlichen Szenarien sowie mit der Durchführung von Konferenzen und Dienstbesprechungen, natürlich meistens digital. Viele Dinge, die pandemiebedingt wegfallen, werden digital veranstaltet. Das heißt, wir haben neben der Organisation des Schulalltags in der Pandemie auch noch den ganz normalen Alltag zu bewältigen.

Was steht für uns ganz oben? - Für uns steht zum einen die Fürsorgepflicht gegenüber den Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitarbeitenden in der Schule ganz oben. Zum anderen möchte ich den pädagogischen Auftrag nennen, nämlich den Schülerinnen und Schülern gerade jetzt Mut, Zuversicht, Vertrauen und Verständnis zu vermitteln, für sie, für ihre Probleme und ihre Schwierigkeiten da zu sein. Das ist in Pandemiezeiten schon eine ganz besondere Aufgabe.

Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung sagen - ich arbeite an einer Grundschule -: Es war schon ein großes Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler, sich heute wiederzusehen, wenn auch nur in der halben Gruppe. Es ist gut, dann viel Zeit und viel Energie darauf zu verwenden, zuzuhören und Zeit zum Sprechen und zum Austausch zu geben.

Ganz oben steht weiterhin der Bildungsauftrag unter diesen erschwerten Bedingungen.

Ein weiterer ganz entscheidender Punkt für uns ist das Thema Bildungsgerechtigkeit. Wir müssen gucken: Wie kann es uns gelingen, Schülerinnen und Schülern die größtmögliche Unterstützung und Hilfe anzubieten? - Auch wenn es bereits einige Maßnahmen dazu gibt, wird das immer über die Schule abgewickelt. Schule ist immer der erste Ansprechpartner. Wenn das so sein soll, braucht sie aber zusätzliche Ressourcen, nämlich Zeit und Personal zur Beratung und Diagnostik.

Ich kann noch einen kurzen Exkurs in den Bereich der Digitalisierung machen. Auch da hat es durch die Pandemie einen Schub gegeben. Aber das alles geht nach wie vor sehr langsam voran. Wir wünschen uns ein zügigeres Vorgehen, klarere Zuständigkeiten und eine Reduzierung der Bürokratie auf ein Minimum.

Wenn Schulleitungen weiterhin für dieses Ausmaß an Belastung, Arbeitszeit und Verantwortung verantwortlich sein sollen, dann wird zukünftig keiner mehr dafür bereitstehen, ein Schulleitungsamt auszuüben. Das ist kein böser Wille; das ist absehbar, und das gilt unabhängig von der Pandemie.

Umso mehr brauchen wir eine Personalvertretung für Schulleitungen, wie wir es seit Jahren fordern. Ein eigenes Berufsbild, das inzwischen konzeptionell erarbeitet worden ist, allerdings noch finanziell unterfüttert werden muss, könnte die unverantwortliche und in Teilen fahrlässig zu nennende

Belastungssituation der Schulleitungen, die in Corona-Zeiten noch einmal ganz deutlich mit allen Widersprüchen zutage getreten ist, entspannen. Dies wird nicht ohne Investitionen in Bildung, in die Besoldung von Schulleitungen, in die personelle Ausstattung der Schulen wie multiprofessionelle Teams, Schulbegleiter, pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gehen. Darüber hinaus brauchen wir in Schule medizinisches Unterstützungspersonal, um für zukünftige Pandemien gerüstet zu sein.

Kultur und Bildung brauchen mehr Geld, als bisher dafür zur Verfügung gestellt wird. Investieren Sie in die Zukunft, in Bildung, in Kultur und in Klimaschutz! Angesichts der immensen staatlichen Unterstützungsleistungen für Wirtschaftsunternehmen in der Pandemie müsste gerade jetzt ein deutliches Zeichen der Politik gesetzt werden.

Zusammenfassend noch ganz kurz: Wenn Schulen geöffnet werden sollen, was zwingend erforderlich ist, dann müssen alle Schulbeschäftigten ein Impfangebot erhalten. Sehr gern bieten wir unsere Expertise auch weiterhin an, auch über diesen Termin hinaus.

Wir freuen uns auf Nachfragen.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Vielen Dank, Frau Kunkel, für Ihre Ausführungen und dafür, dass Sie das so wunderbar und unkompliziert überbrückt haben, obwohl es jetzt nicht ganz so war, wie eigentlich geplant, nämlich im Wortwechsel mit Frau Badenhop. Vielen Dank, dass Sie trotzdem die Gesamtstellungnahme und Ihre Position in dieser nach wie vor so schwierigen Zeit an den Ausschuss transportieren konnten.

Sie haben die Situation der Grundschulen beschrieben. Auch ich habe heute Morgen meine Tochter zur Grundschule gefahren und konnte mir die Situation vor der Schule live anschauen. Damit möchte ich einen herzlichen Dank an Sie und alle Kolleginnen und Kollegen verbinden, die in dieser schwierigen Zeit immer wieder dafür sorgen, dass die Situation bewältigt und mit ihr umgegangen wird, bei allen Problemen, die da sind und die Sie eben auch zu Recht beschrieben haben.

Abg. **Julia Willie Hamburg** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Ausführungen, Frau Kunkel, die noch einmal sehr plastisch gezeigt haben, wie

immens die Herausforderungen im Schulbereich gerade angesichts eines sich verstärkenden Personalmangels sind. Vor diesem Hintergrund gebührt Ihnen - ich denke, nicht nur von meiner Fraktion - auch ein herzlicher Dank für Ihr Engagement.

Wir fragen uns jetzt, welche Vorsorge wir mit Blick auf künftige Pandemien treffen sollten, von denen wir noch gar nicht wissen, wie sie aussehen werden. Sie könnten durch multiresistente Keime oder durch ein anderes, noch deutlich gefährlicheres Virus hervorgerufen werden. Was ist aus Ihrer Sicht erforderlich, damit wir beim nächsten Mal bestmöglich vor der Lage sind? - Ganz vor der Lage kann man nie sein. - Also welche Strukturen brauchen wir an der Schule, welche Austauschstrukturen zwischen Verbänden und Kultusministerium? Brauchen wir vielleicht auch regionale Austauschstrukturen, und wenn ja, welche, um die Krise dann schneller zu bewältigen?

Welche Vorkehrungen kann man für den Fall treffen, dass es plötzlich wieder heißt: „Weichen Sie aus!“ - wenn es wieder um andere Schulanfangszeiten geht, wenn es darum geht, zusätzliche Räume zu nutzen, wenn es um Schichtunterricht und welche Ideen auch immer geht -, um Maßnahmen kurzfristig umsetzen und hochfahren zu können?

Welche baulichen Voraussetzungen, welche Voraussetzungen im Hinblick auf die Digitalisierung brauchen wir, wenn wir jetzt anfangen, uns auf eine Pandemie vorzubereiten, die wir noch nicht kennen? Was sind die „Basics“, für die Politik zuallererst Geld ausgeben sollte?

Welche schulgesetzlichen Regelungen brauchen wir vielleicht? Braucht es Regelungen für Prüfungen? Braucht es Regelungen dafür, dass Sie als Schulleitung künftig bestimmte Dinge erlassen können, dass Sie auch selbst eine Quarantäne ausrufen können? - Ich weiß nicht, ob das erstrebenswert ist, aber man kann durchaus in ganz unterschiedliche Richtungen denken, wenn es darum geht, was rechtlich notwendig wäre. - Wie ist das Verhältnis zwischen den Vorgaben durch das Land und den Freiräumen, die Sie als Schule brauchen? Wie viel wollen Sie selbst verantworten? Wie viel können Sie selbst verantworten? Wie viel müssen Sie auch selbst verantworten? Und was muss man Ihnen als Landesgesetzgeber

oder auch als Ministerium an der Stelle abnehmen?

Welche Voraussetzungen müssen wir also schaffen, um künftig schneller zu sein und die fordernde Zeit so zu gestalten, dass Entlastungen geschaffen werden, die die Klarheit und den Rahmen bieten, die Sie brauchen?

Dabei denke ich beispielsweise an fest installierte Lüftungsanlagen. Voll funktionierende Fenster würden das Lüften schon erheblich erleichtern. Das reicht von solchen Dingen bis hin zu rechtlichen Voraussetzungen. Mich würde interessieren, was Sie für notwendig erachten, ganz gleich, zu welcher Pandemie es kommt.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Herr von Danwitz hat signalisiert, dass er die Fragen von Frau Hamburg aufgreifen und ergänzen möchte. Danach haben Sie wieder das Wort, Frau Kunkel.

Abg. **Dr. Karl-Ludwig von Danwitz** (CDU): Vielen Dank, Frau Kunkel, für Ihre Ausführungen und auch für Ihre Arbeit, die Sie an den Schulen leisten.

In Ergänzung der Fragen meiner Kollegin habe ich noch eine dezidierte Frage zum Bereich der Digitalisierung: Was schlagen Sie für den Dauerbetrieb als Mindestausstattung der Schulen vor, und was sind die Mindestvoraussetzungen, damit Sie bei der nächsten Pandemie z. B. beim Hybridunterricht besser aufgestellt sind?

Andrea Kunkel: Zu den Fragen, die Sie formuliert haben, habe ich mir grob folgende Punkte notiert: die Eigenverantwortlichkeit, die Ressourcen - hierunter würde ich zunächst einmal personelle Ressourcen fassen -, das Gebäudemanagement und die Digitalisierung. Das sind alles Punkte, die im Hinblick auf eine wie auch immer geartete zukünftige Pandemie, letztlich aber auch grundsätzlich angegangen werden müssen. Denn das alles hat mit der Qualität von Bildung zu tun. Wir haben ja einen Bildungsauftrag. Wenn die Pandemie jetzt das Vehikel ist, diese Prozesse in Gang zu bringen, so kann man das in diesem Sinne begrüßen.

Was die Digitalisierung angeht, so muss die Ausstattung an den Schulen selbstverständlich so sein, dass man problemlos Hybridunterricht erteilen kann, dass man in den Klassen digitale Endgeräte hat, dass es eine Selbstverständlichkeit ist,

dass alles das, was wir - zum Teil auch im letzten Jahr - mühsam entwickelt haben, vorhanden ist.

Aber damit es funktioniert, bedarf es nicht nur einer bestimmten Ausstattung, sondern es bedarf auch der Systemadministration. Denn die beste Ausstattung der Schulen nützt nichts, wenn etwas - was wir immer wieder erleben -, aus welchen Gründen auch immer, nicht funktioniert. Dafür brauchen wir Expertise vor Ort. Das sind nicht Lehrkräfte, die sich etwas angeeignet oder etwas zu ihrem Hobby erklärt haben; vielmehr muss Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden, das die Schulen mit den erforderlichen Arbeitsabläufen versorgt. Ohne Systemadministration wird die beste Ausstattung der Schulen nicht funktionieren können.

Was die baulichen Voraussetzungen angeht, so sehen wir, dass es - sicherlich regional sehr unterschiedlich - einen großen Verbesserungsbedarf gibt. Selbstverständlich müssen Schulen so ausgestattet sein, dass vernünftig gelüftet werden kann. Ob das über Fenster oder über Lüftungsgeräte geschieht, wird im Einzelfall vor Ort zu entscheiden sein. Aber wichtig ist, dass der Blick auf die Schulgebäude und auf dringend zu behebende Gebäudemängel gerichtet wird und dass diese nicht erst zu Pandemiezeiten in den Fokus geraten.

Letztlich sind wir damit bei der Frage der Personalressourcen. Schule ist ein großes System, zu dem viele unterschiedliche Berufsgruppen gehören. Wenn ich vorhin auch von einer medizinischen Fachkraft an der Schule gesprochen habe, so war dies durchaus ernst gemeint. Diese könnte z. B. Tests kontrollieren bzw. durchführen oder Fieber messen und noch vieles andere tun, was in medizinischer Hinsicht in Pandemiezeiten angesagt ist. Das müsste jetzt in Gang gesetzt werden, damit es in einer weiteren Pandemie zur Verfügung steht. Aber eine medizinische Fachkraft an der Schule ist auch in anderen Zeiten keineswegs überflüssig.

Die Eigenverantwortlichkeit ist für uns als Schulleitungsverband selbstverständlich ganz entscheidend. Wir brauchen ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit in den Schulen, weil wir vor Ort unser System am besten kennen und wissen, wie bestimmte Dinge funktionieren. Aber natürlich brauchen wir auch einen Rahmen, in dem wir uns bewegen, und wir brauchen Beratung in Fachfra-

gen und in Sachfragen. Wir brauchen so viel Eigenverantwortung wie irgend möglich und bei Beratungsbedarf eine kompetente Beratung im Hintergrund. Das ist das A und O an dieser Stelle.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Vielen Dank, Frau Kunkel, für die mündliche Darlegung Ihrer Position. Ich habe zum Thema der eigenverantwortlichen Schule bzw. zu der Frage, welche Entscheidungen auch in einer solchen Situation vor Ort getroffen werden können, eine Anschlussfrage. Können Sie uns zwei, drei Beispiele aus den letzten zwölf Monaten nennen, bei denen Sie als Schulleiter vor Ort gern die Entscheidungskompetenz gehabt hätten, anstatt den Vorgaben des Ministeriums zu entsprechen?

Andrea Kunkel: Das kann ich nicht pauschal sagen, weil dies regional und lokal unterschiedlich ist. Dennoch will ich Beispiele nennen.

Als an den Schulen erste Corona-Fälle auftraten, ist die Kommunikation mit den Gesundheitsämtern nicht immer so reibungslos verlaufen, wie wir uns das wünschen. Auch jetzt tut sie das nicht immer. In einem solchen Fall ist es notwendig, dass die Schulleitung zum Wohl der Gemeinschaft entscheidet, dass eine bestimmte Klasse vorsorglich zu Hause bleibt. Es war eine juristische Frage, dass dies nicht „Quarantäne“ heißen konnte. Wir haben die Schülerinnen und Schüler dann in das Distanzlernen geschickt.

Das war etwas, von dem wir gesagt haben, es muss sich dringend ändern, was zwischenzeitlich auch erfolgt ist. Wir können nicht warten, bis PCR-Testergebnisse vorliegen, sondern müssen schnell handeln; denn damit handeln wir präventiv. Auch wenn sich hinterher herausstellt, dass wir zu vorsichtig waren, ist es sinnvoll, so und nicht anders vorzugehen. - Das ist ein Beispiel, das mir sehr gut in Erinnerung geblieben ist.

Ich will noch ein zweites Beispiel nennen: Abhängig vom Personalschlüssel an den Schulen ist es einfach nicht möglich, immer die gesamte Stundentafel zu erfüllen, weil es Krankheitsfälle gibt, weil die Unterrichtsversorgung zu Beginn des Schuljahres nicht so war, wie wir sie gebraucht hätten. Somit müssen Schulen auch die Möglichkeit haben, zu kürzen. Das funktioniert in Einzelfällen, aber es wäre gut, wenn konkrete Möglichkeiten gegeben wären.

Prof. Dr. Duttge (wiss. Begleitung): Frau Kunkel, dem Ausschuss ist in der Vergangenheit schon mehrfach vorgetragen worden, dass Schulen und Universitäten stärker zusammenarbeiten könnten. Sie haben uns eindrucksvoll von den besonderen Schwierigkeiten und persönlichen Belastungen der Schulleitung und des gesamten Lehrerkollegiums aufgrund der Personalknappheit einzelner Schulen berichtet. Gibt es nach Ihrer Kenntnis Initiativen im Hinblick auf eine stärkere Kooperation zwischen Schulen und Universitäten? Wenn ja: Welche? Wenn nein: Was hat Sie bisher daran gehindert? Gibt es vielleicht Hinderungsgründe, die die Politik, sei es regulatorisch, sei es organisatorisch, beseitigen könnte?

Andrea Kunkel: Ich kann nicht für das ganze Land Niedersachsen sagen, wo es Initiativen gegeben hat und ob sie erfolgreich waren. Aber ich persönlich kann mir eine solche Zusammenarbeit auf ganz unterschiedlichen Ebenen sehr gut vorstellen. Spontan habe ich durchaus einige Ideen hierzu im Kopf.

Für uns ist es wichtig, dass eine solche Zusammenarbeit so pragmatisch und so unbürokratisch wie möglich gestaltet wird. Wenn Personalmaßnahmen einen erheblichen bürokratischen Aufwand über das Notwendige hinaus verursachen, dann ist es immer schwierig.

Vom Grundsatz her könnten wir uns eine solche Zusammenarbeit in ganz unterschiedlichen Bereichen als eine Bereicherung sehr gut vorstellen. Wir sind auch offen dafür, selbst initiativ zu werden.

Prof. Dr. Duttge (wiss. Begleitung): Dafür sind allerdings Konzepte erforderlich, die auch vonseiten der Schulen mitentwickelt werden müssten.

Andrea Kunkel: Das ist richtig. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, Konzepte zu entwickeln. Wenn das Ziel klar ist, was vielleicht auch viel mit der Veränderung der Lehrerausbildung zu tun hat - das war das Erste, an das ich gerade gedacht habe -, dann kann ich mir vorstellen, dass das auch von Schulen positiv bewertet wird. Fakt ist nur, dass Schulen schauen müssen, was sie „on top“ machen. Wenn eine solche Kooperation angestrebt und ein Konzept hierfür entwickelt wird, dann kann Schule angesichts der derzeitigen Belastungen und auch angesichts der Belastungen schon vor der Pandemie dafür etwas anderes nicht mehr tun. Immer nur mehr - das wird

nicht funktionieren, und das kann auch nicht zielführend sein.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Weitere Wortmeldungen liegen mir weder aus dem Ausschuss hier noch von den online teilnehmenden Mitgliedern vor.

Herzlichen Dank, Frau Kunkel, dass Sie es in dieser von Ihnen beschriebenen auch in unseren Schulen nach wie vor sehr schwierigen und zeitlich sehr angespannten Situation möglich gemacht haben, bei uns zu sein.

Herzliche Grüße an Frau Badenhop. Beim nächsten Mal wird die Technik sicherlich besser funktionieren. Noch schöner wäre es, wir hätten die Situation möglichst bald bewältigt und sähen uns bei Veranstaltungen oder bei Anhörungen hier in Hannover wieder persönlich und nicht nur online.

Nochmals herzlichen Dank, Frau Kunkel, dass Sie bei uns gewesen sind, weiterhin viel Kraft für Ihre Aufgabe. Alles Gute, passen Sie auf sich auf, und bleiben Sie gesund.

Andrea Kunkel: Herzlichen Dank auch von mir an Sie alle.

Kultur verhungert - ARTE(N)SCHUTZ jetzt - Hannoversche Hofkapelle Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover (HMTMH)

Schriftliche Stellungnahmen: Vorlage 32, 1. Nachtrag zur Vorlage 32, Vorlage 33

Anwesend:

- **Dorothee Palm** (Hannoversche Hofkapelle)
- **Prof. Oliver Wille** (Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover)

Dorothee Palm: Vielen Dank für die Einladung. Ich darf heute als Musikerin und Initiatorin von #kulturverhungert zu Ihnen sprechen.

Herr Professor Wille ist nicht nur an der Musikhochschule tätig, er ist auch Intendant des Musikfestivals in Hitzacker und Leiter des Internationalen Violinwettbewerbs. Vielen Dank auch dafür, dass ich mir die für die Initiative zur Verfügung stehende Redezeit mit ihm teilen darf. Es war uns

ein Anliegen, dass nicht nur ich für unsere ausübenden Kulturschaffenden spreche, sondern dass auch jemand für die Veranstaltungen und für die Hochschulbildung Stellung nimmt.

Ich möchte mit einem Zitat der Geigerin Anne-Sophie Mutter beginnen. Sie hat in etwa gesagt:

„Du bist nicht Künstler mit einer Stunde Üben am Tag, sondern weil Du seit Deinem fünften Lebensjahr eigentlich nichts anderes neben der Schule tust, als diesem Fach alles zu widmen: deinen Körper, deinen Geist, deine Seele, deine Lebenszeit!“

Wie bereits gesagt, ist mein Name Dorothee Palm. Ich bin 57 Jahre alt. Mein Beruf ist Diplom-Orchestermusikerin und Musiklehrerin. Seit meinem fünften Lebensjahr spiele ich Cello, ich bin mehrfache Preisträgerin des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ und war sieben Jahre lang Mitglied im Bundesjugendorchester.

Ausgebildet wurde ich in dieser Zeit am Städtischen Konservatorium in Osnabrück und als Jungstudentin nach erfolgter Eignungsprüfung an der Staatlichen Hochschule für Musik in Detmold.

Nach meinem Abitur nahm ich nach bestandener Eignungsprüfung mein Studium der Musik im Hauptfach Violoncello an der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover auf und beendete das Studium in der Regelstudienzeit erfolgreich mit einem Diplom als Orchestermusikerin und einer mit Summa cum laude ausgezeichneten Diplomarbeit.

Mein beruflicher Weg führte mich nach Hamburg, wo ich elf Jahre lang der Musicalproduktion „Das Phantom der Oper“ angehörte. Daneben - als zweites Standbein - wurde ich freie Musikerin und verschrieb ich mich der historischen Aufführungspraxis. Ich bin seit 30 Jahren Solocellistin der Hannoverschen Hofkapelle und deren geschäftsführende Gesellschafterin und unterrichte zudem seit 2003 an der Städtischen Musikschule in Braunschweig Violoncello und Kammermusik.

Ich unterrichtete außerdem als Lehrbeauftragte an der HAWK Hildesheim im Studiengang Kulturpädagogik, der TU Braunschweig im Studiengang Musikpädagogik und der Hochschule für Künste Bremen im Fach Barockcello.

In meinen nunmehr 33 Berufsjahren habe ich meinen Lebensunterhalt mit meinem Wunschberuf, meinem Lebenstraum, immer gut bestreiten können. Ich konnte mir alles leisten, was ich mir wünschte, habe für mein Alter privat vorgesorgt, habe in die Rentenkasse eingezahlt und Steuern bezahlt.

Sie fragen sich sicherlich, warum ich Ihnen meine Vita vortrage. Aber mein Lebenslauf ist exemplarisch für den vieler meiner Kolleginnen und Kollegen.

Musik und Kultur sind *nicht* unsere Hobbys, beides ist unsere Berufung und unser Beruf, dessen Ausübung uns seit dem 15. März 2020 per Gesetz mit kleinen zeitlichen Lücken verboten worden ist.

Ich stelle nicht infrage, dass wir alle zusammen dafür verantwortlich sind, dieser Pandemie Einhalt zu gebieten, aber die Kulturschaffenden bringen seitdem ein Sonderopfer und warten hier in Niedersachsen immer noch auf ein Zeichen der Gerechtigkeit und der Gleichstellung gegenüber allen anderen Berufsgruppen.

Ich werde auch keine Neiddebatte anzetteln. Aber wenn die Kulturpolitik in Niedersachsen dazu führt, dass an Staatlichen Hochschulen ausgebildete und erfolgreiche Akademiker - denn das sind wir Musiker tatsächlich - bei DHL Pakete ausfahren müssen, auf 450-Euro-Basis als Packer bei EDEKA unterkommen, als Hundesitter oder Putzfrau arbeiten, dann ist doch etwas grundsätzlich schiefgelaufen in der Kulturpolitik in Niedersachsen und in der Wahrnehmung von Kultur und der unbedingten Relevanz der Kultur für die Gesellschaft.

Kultur ist Bildung, Kultur vereint, Kultur schützt vor gesellschaftlicher Verrohung, Kultur ist ein seelisches Bedürfnis des Menschen. Letztlich sind die Kultur und der Erhalt der Kultur ein Staatsauftrag an die ausübenden Künstler.

Um einmal auf das Zitat von Anne Sophie Mutter zurückzukommen: Ein Instrument zu erlernen und auszuüben, bedeutet Verzicht und Investition - Verzicht als Kind auf Familienurlaube, weil Arbeitsphasen vom Bundesjugendorchester oder Kammermusikurse und Wettbewerbe stattfinden, Verzicht auf Freizeit, weil der nächste Wettbewerb ansteht und geübt werden muss oder eine Arbeitsphase oder Eignungsprüfung vorbereitet

werden muss, Investition von Tausenden von Euro in die musikalische Ausbildung, Notenmaterial, Instrumentenkauf, Kursgebühren usw.

Auf der anderen Seite stehen nach erfolgreich absolviertem Studium der Erfolg im Beruf - bestenfalls -, aber eben auch wieder Verzicht: Verzicht auf freie Tage und Abende sowie Feiertage und Wochenenden mit der Familie, weil Proben und Konzerte stattfinden, damit Sie alle in Ihrer Freizeit die Veranstaltungen besuchen, entspannen und damit wieder Kraft für Ihren Alltag tanken können.

Darüber möchte ich mich nicht beschweren. Das habe ich mir selbst gewählt und bin damit zufrieden und glücklich. Resonanz und Applaus meines Publikums sind mir dieses „Opfer“ wert. - Applaus des Publikums? Resonanz? Konzerte?

Seit dem 1. April 2020 gibt es neben dem Stillstand der Kulturveranstaltungen auch einen nahezu völligen Stillstand in der finanziellen Versorgung der solselbstständigen und teilsoloselbstständigen Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen. Zwar wurden vom Land Niedersachsen am 25. September 2020 10 Millionen Euro im Rahmen des Programms „Niedersachsen dreht auf“ zur Verfügung gestellt, aber gemessen an der großen Anzahl der Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen - bei der KSK sind 4 000 gemeldet, es sind aber deutlich mehr; man rechnet mit 7 500 bis 8 000 freien Künstlerinnen und Künstlern - ist das doch eher ein Tropfen auf den heißen Stein, abgesehen davon, dass dieses Programm erstens schnell hoffnungslos überzeichnet und zweitens wegen vieler Hürden in den Anträgen oftmals gar nicht erst zu beantragen war.

Dies war das letzte Lebenszeichen unserer Landesregierung gegenüber der Kultur.

Um einmal aufzuzeigen, was nach dem Ermessen anderer Bundesländer für die Kulturschaffenden notwendig ist und sich dort bereits seit Beginn der Pandemie in wirksamen Hilfsprogrammen widerspiegelt, habe ich einige Beispiele zusammengetragen, die ich Ihnen jetzt vorstellen möchte.

Allen voran steht das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit bis jetzt insgesamt 210 Millionen Euro für die Kulturschaffenden in Form von Soforthilfen und Stipendienprogrammen.

Baden-Württemberg hat gleich zu Beginn der Corona-Pandemie bundesweit als Vorreiter den fiktiven Unternehmerlohn in Höhe von 1 180 Euro monatlich eingeführt, hat soeben wieder 15 Millionen Euro für Stipendien bewilligt und 80 Millionen Euro in einen Masterplan Kultur investiert.

Auch Brandenburg und Berlin sowie Bayern haben umfangreiche Stipendienprogramme aufgelegt und bis Juni 2021 erweitert.

Diese Aufzählung könnte ich noch viel weiter führen.

Leider ist Niedersachsen, was die Unterstützung der Kulturschaffenden in dieser Krise betrifft, in der Liste der 16 Bundesländer sehr weit unten angesiedelt. Trotz vieler Einzelgespräche, Runder Tische und Videokonferenzen mit verantwortlichen Politikern zum Thema sind bis heute in Niedersachsen keine wirklich funktionierenden Hilfsprogramme für die Kulturschaffenden zustande gekommen.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich können uns daher des Eindrucks nicht erwehren, dass es Ihnen an ausreichender Expertise fehlt, um den Alltag und die Wirkungsweise von Künstlerinnen und Künstlern beurteilen zu können und wirklich passende Programme zu entwickeln.

Wir brauchen dringend ein Stipendienprogramm, das die Künstlerinnen und Künstler in Niedersachsen in angemessener Weise unterstützt.

Wir brauchen einen Landeskulturbeauftragten, der die Verbindung zwischen professionellen Kulturverbänden und der Staatskanzlei herstellt und für die professionelle Kulturszene spricht.

Wir brauchen einen Landeskulturrat nach dem Beispiel Nordrhein-Westfalens, der die Kultur in allen ihren Facetten gegenüber der Landesregierung vertritt und Modelle für die Kultur mit der Politik zusammen entwickelt.

Wir brauchen eine Reform und Modernisierung des hoffnungslos veralteten Kulturfördergesetzes in Niedersachsen, die den veränderten Gegebenheiten Rechnung trägt.

Alles in allem brauchen wir dringend einen Masterplan Kultur in Niedersachsen.

Die professionellen Künstlerinnen und Künstler haben sich jetzt im Landesverband der Freien Klassik-Szene Niedersachsen e. V. zusammengeschlossen. Wir bieten Ihnen allen unsere Kooperation, unsere Expertise und unsere Beratung an. Kommen Sie auf uns zu, und lassen Sie uns gemeinsam einen Weg aus dieser Krise finden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass kein Kulturschaffender in und nach dieser Krise auf der Strecke bleibt.

Und noch einmal: Kultur ist Bildung, Kultur vereint, Kultur schützt vor gesellschaftlicher Verrohung, Kultur ist ein seelisches Bedürfnis des Menschen. Letztlich sind Kultur und der Erhalt der Kultur ein Staatsauftrag an die ausübenden Künstler.

Sie haben die Mittel, wir die Expertise.

Prof. Oliver Wille: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, dass ich kurzfristig ebenfalls Gelegenheit zur Stellungnahme erhalte.

„... Kultur ist kein Luxus, den wir uns leisten oder auch streichen können, sondern der geistige Boden, der unsere eigentliche innere Überlebensfähigkeit sichert.“

So sagte es Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor genau 30 Jahren, im Jahr 1991.

Seit gut einem Jahr leben wir - bis auf eine kurze Sommerpause -- nicht auf diesem geistigen Boden, ohne die Möglichkeit, uns mit allen Sinnen und in Gemeinschaft lebendig zu fühlen. Meines Wissens kommt es erstmalig in der gesamten Geschichte zum vollständigen „Ausknipsen“ der Kultur. Daraus ergeben sich wichtige Fragen für uns Künstlerinnen und Künstler und sicherlich auch für Sie:

Was macht es eigentlich mit uns, wenn die einzige Lösung einer zu bewältigenden Krise heißt: „Gemeinschaft auflösen, zurück ins Private, mehr und mehr!“? Wozu leben wir? Nur für jene Momente, die in betriebswirtschaftlichem Nutzen aufgehen? Nicht auch für jene Momente, die unsere Fantasie beflügeln, die uns herausfordern, die Neugierde wecken, die uns Staunen lassen und in denen die Zeit stehenbleibt? Und: Wie viel ist uns das alles wert?

Schon lange vor Ausbruch der Pandemie waren „Sparmaßnahmen“ eine Standardvokabel und die Kürzung des Kulturetats der vermeintlich unauffälligste Aspekt davon, obwohl die Kultur am Standort Deutschland mit vielfältigen Staats- und Stadttheatern, Philharmonien, Museen, Literaturhäusern, Clubs, freien Bühnen und Festivals Vorbild für die ganze Welt, gelebte Demokratie und auch einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren mit sehr vielen angeschlossenen Berufszweigen war.

Seien wir ehrlich: Wenn es gut läuft, zeigt man sich gern mit der Kultur, wenn aber die Kulturschaffenden Forderungen an ihre gewählten Vertreter stellen, werden sie zu „nervenden Kreaturen auf bodenlosen Wolken“ abgestempelt.

Das war früher schon schwer genug. - Und dann kam auch noch Corona. Full stop! Arbeitsverbot! Die Wirklichkeit, wie wenig Sie mitunter unsere Berufe - ja, es sind echte Berufe - verstehen, holte uns schneller ein, als wir und Sie wahrhaben wollten.

Vor einigen Jahren hieß es: Macht euch selbstständig, gründet eine Ich-AG; wir unterstützen euch. - Genau diese soloselbstständigen Künstlerinnen und Künstler sind jetzt die größten Verlierer der Pandemie, zum Aufgeben gezwungen. Hilfsprogramme greifen nicht, man darf sich regelmäßig um bürokratisch überladene Sonderhilfen bewerben. In Niedersachsen gibt es nicht einmal ein Stipendienprogramm.

Warum läuft das so? Waren wir vorher zu leise? Haben wir aus jeder Not oft zu gutgläubig, zu optimistisch gehandelt? Liegt es daran, dass wir keine Lobby haben, dass wir bislang - dies ändert sich hoffentlich bald - nicht genügend tatkräftige Verbände, keine echte Vertretung in Ihren Reihen und zu wenig einflussreiche Fürsprecher hatten? - Auch darüber muss in aller Öffentlichkeit gesprochen werden.

Es ist der Kern unseres Berufes, schöpferisch tätig zu sein. Wir können erfinden, beglücken, verdeutlichen, das Leben zeigen und teilen. Wir möchten und wir können Antworten auf Fragen finden. Wird das erst wieder ermöglicht, wenn sich alle anderen in irgendeiner Art Routine zu rechtfinden? Wann beginnt das? Wird es wieder die alte Normalität geben? Wollen wir sie überhaupt? Wie ist die neue Zukunft? Wann beginnt sie?

Über diese Fragen tauschen wir uns schon lange untereinander aus. Vielleicht tun Sie das auch. Aber warum sprechen wir das nicht gemeinsam ab, ergebnisorientiert und für mehr als gestoppte acht Minuten?

Im Sommer und Herbst gab es eine kurze Blaupause für Kulturleben in der Pandemie. In Niedersachsen waren es zuerst die Sommerlichen Musiktage Hitzacker. Herr Ministerpräsident Weil hat sie als Schirmherr eröffnet. Diese Musiktage darf ich verantworten. Sie haben gezeigt, dass Begegnung mit Kunst, Auszeit und somit geistige Erfrischung möglich sind: kein einziger Infektionsfall, perfekte Praxis von neu und schnell erfundenen Hygienekonzepten, keine zusätzlichen Fördermittel. 6 000 Menschen erlebten Kunst und belebten den Tourismus des Landkreises Lüchow-Dannenberg.

Wir konnten - nach allzu mühsamem Kampf und mit sehr wenig politischer Unterstützung - beweisen: Es geht, wir können das; denn wir sind Experten.

Warum wurden wir seitdem nie wieder gefragt? Unsere Expertise ist bodenständig, wir können zuhören und reagieren, wir verstehen Zusammenhänge, und wir kennen Menschen, auch jene, die zunehmend unzufrieden sind, die auf die Straße gehen, und jene, die im September zur Wahl gehen - oder auch nicht.

Ich fordere Sie auf, uns an den Tisch zu holen, in Zukunft von Anfang an, in Krisen und Nichtkrisen. Unser Land braucht eine gehörte Stimme der Kultur, die beispielsweise in einem Kulturrat mit Ihnen verhandelt, welche Rolle diese Kultur in Niedersachsen spielen soll.

Fördern und fordern Sie Kulturleben. Es ist der TÜV der Demokratie. Stellen Sie jetzt sicher, dass der Kulturretat nach der Pandemie erhöht wird, um Wiederaufbau, Erhalt und auch Verbesserungen zu unterstützen. Man muss kein Visionär sein, um zu wissen: Vorsorge ist günstiger, als die Krankheit der Gesellschaft zu therapieren.

Wir können Vielfalt. Wir fragen nicht: Woher kommst du, wie siehst du aus, welcher Klasse gehörst du an? - Wir vermitteln Leben, wir kümmern uns um geistige Entwicklung von Individuen, von Jung und Alt. Sie brauchen *uns*.

Apropos „jung“: Junge Menschen haben große Möglichkeiten. Wir nennen das in unseren Kreisen Talent. Die individuelle Flamme zu entzünden, den Begabungen Flügel zu verleihen und Anhöhe zum Fliegen zu geben, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Lehre. „Learning by doing“, und das in Gemeinschaft, ist unverzichtbarer Teil dessen.

Aber was passiert mit den Studierenden momentan, seit über einem Jahr? Eine Generation, die bereits ein Viertel ihrer Studienzeit uneinholbar verloren hat, betreuen wir „hybrid“. Bald 20 % der Absolventinnen und Absolventen wechseln in - wie heißt es heute so schön? - „relevante“ Berufe.

Ich reiche diesem Gremium zehn Texte junger Musikerinnen und Musiker mit der Bitte um Beachtung ein.*

Ich sehe heute Mitläufer, nach dem Motto: „Ja, ist halt so!“, mit einem Überbau von: „Hat keinen Zweck!“. Ich sehe Frustration, Ratlosigkeit, Dünnhäutigkeit und Perspektivlosigkeit. Wozu das führt, sollten wir längst gelernt haben. Welche nächste Generation ziehen wir uns da heran?

Verehrte Mitglieder des Landtags, den Rahmen für ein vielfältiges und echtes Leben schaffen Sie. So verstehe ich Ihre Aufgabe. Die Künstlerinnen und Künstler Ihres Landes wollen dabei mitwirken und Sie unterstützen. Es steht in Ihrer Macht, eine neue Pandemie aktiv zu verhindern: die Pandemie der Depression und Einfältigkeit mit der exponentiell wachsenden Gefahr der „allgemeinen Volksverblödung“ und deren Folgen.

Die gelebte Politik, so wie ich sie verstehen möchte, steht ein für Bildung, Entwicklung, Zukunft. Aber wir erleben derzeit nur Restriktionen, Einschränkungen und Isolation. Machen wir es bitte besser, gemeinsam, auch im Vertrauen auf Selbstverantwortung. Wir sind lange bereit und - wie sagte es neulich Bundespräsident Steinmeier? - voll „explosiver Kreativität“.

Abg. **Julia Willie Hamburg** (GRÜNE): Vielen Dank, dass wir kurzfristig vereinbaren konnten, nicht nur Frau Palm, sondern auch Herrn Wille zu hören.

* siehe Vorlage 32

Frau Palm, Herr Wille, vielen Dank, dass Sie jetzt schon seit Wochen und Monaten intensiv auf viele Fragen aufmerksam machen. Ihr Vortrag heute macht noch einmal deutlich, dass Sie den Bereich vertreten, in dem die Pandemiebewältigung nicht gut funktioniert hat, woraus wir für zukünftige Pandemien einiges lernen können und auch müssen.

Sie haben zu den Strukturen, zur Finanzierung und dazu, was es in Niedersachsen braucht, keine Frage offengelassen. Lassen Sie mich noch einen Aspekt beleuchten, auf den Sie nicht vertiefend eingegangen sind, zu dem Sie vielleicht aber ebenfalls Hinweise geben können.

Neben der Frage zu Finanzierung, den Stipendien, dem Unternehmerlohn und dem Praxisbezug über einen Kulturrat oder einen Landesbeauftragten für Kultur stellt sich auch die Frage, wie Kultur in Pandemiezeiten gelingt, wie wir also künftige Lockdowns so gestalten können, dass Kultur trotzdem weiter möglich bleibt. Diesbezüglich haben Sie schon im vergangenen Jahr versucht, Wege zu beschreiten. Mich würde interessieren, welche das Land vielleicht befördern kann.

Die Digitalisierung ist ein Weg, stößt aber auch an Grenzen. Brauchen Sie, wenn Sie digitalisieren wollen, dafür Fördermittel, oder schaffen Sie das aus eigener Kraft?

Was sind neben Stipendien andere Möglichkeiten, in Zeiten, in denen vielleicht auch Viren um sich greifen, die potenziell noch gefährlicher sind als das Coronavirus, Kultur zu leben und um das, was sie und ihren Wert in der Gesellschaft ausmacht, leben zu können?

Dorothee Palm: Digitale Formate von Konzerten sind eine Möglichkeit und müssten professionell unterstützt werden. Diesbezüglich bedürfte es dringend der Förderung. Denn woher sollen wir die Mittel dafür nehmen? Die Hannoversche Hofkapelle z. B. ist eine GbR. Weil wir keine Einnahmen haben, können wir gerade noch unsere Telefonrechnung und die laufenden Bürokosten bezahlen.

Digitale Formate sind natürlich nicht dasselbe wie ein Konzert. Das muss man klar sagen. Ein Konzert vor dem Bildschirm zu sehen und zu hören, ist reiner Konsum. Ein Konzert im Konzertsaal zu sehen und zu hören, ist Genuss. Das ist das Miteinander mit den Menschen. Das Kommunizieren

mit den Künstlerinnen und Künstlern funktioniert über den Bildschirm in dieser Form nicht. Aber wenn es denn so sein sollte und es die einzige Möglichkeit wäre, bräuchten wir alle enorme finanzielle Unterstützung.

Etwas anderes ist es, Liveformate und Präsenzkonzerte wieder möglich zu machen. Wir haben das mit dem Silvesterkonzert der Hannoverschen Hofkapelle in der Galerie in Herrenhausen versucht. Wir hätten nur halb besetzt, es hätte eine Maskenpflicht bestanden, wir hätten die Konzertzeit auf 60 Minuten begrenzt. Es gibt solche Formate, und inzwischen gibt es noch mehr Möglichkeiten, es gibt andere Teststrategien. Wir haben auch ein Konzept mit dem Arbeitskreis Kultur entwickelt.

Es gibt die Möglichkeit der Luca-App, die ich für recht gut halte. Das muss man in Niedersachsen ganz breit streuen. Auf die Corona-App, auch wenn jetzt die Version 2.0 kommt, sollte man sich nicht mehr verlassen. Und es gibt Teststrategien. Dazu müssen den Veranstaltern aber auch entsprechend viele Tests zur Verfügung gestellt werden. Man kann, wie kürzlich in Berlin, jeden Zuschauer vor dem Konzert testen, oder aber die Tests erfolgen in einem Bürgertestzentrum.

Ich gehe davon aus, dass es viele Möglichkeiten gibt, dass es auch schon viele Grundlagen gibt und dass wir eigentlich nur aufsatteln müssen, damit Kultur in Präsenz wieder funktioniert.

Prof. Oliver Wille: Ich füge hinzu: Aus meiner Sicht hat es viel zu lange gedauert, bis verstanden wurde, dass es unterschiedliche Arten von Kulturveranstaltungen gibt: auf der einen Seite klassische Konzerte, in denen die Leute weder sprechen noch singen noch sich im Raum bewegen, also sogenannte Sitzkonzerte mit gepflegtem Einlass, auf der anderen Seite Clubabende, Rockkonzerte usw. Diese Differenzierung fand sich in den Verordnungen erst sehr spät. Ich hoffe, dass wir daraus gelernt haben und dass künftig schneller Unterschiede gemacht werden können.

Nun komme ich noch einmal auf das zu sprechen, was mir am wichtigsten ist: Kommen Sie mit uns ins Gespräch, und das sofort. Wir kennen die einzelnen Lokalitäten, um die es geht. Ich möchte dafür kämpfen, dass in jeglicher Krise Kulturveranstaltungen mit Hygienekonzepten und gesundheitlichem Check möglich gemacht werden, und

kann mir vorstellen, dass die Menschen dann - auch tagsüber - disziplinierter sind und sich besser an die Vorschriften halten, als wenn überhaupt keine Veranstaltung möglich ist und dann die Partys im privaten Bereich stattfinden.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Zunächst möchte ich mich für beide Statements bedanken. Es wurde, wie ich finde, nicht nur umfassend, sondern auch emotional überzeugend vorgetragen. Das ist bei diesem Thema sehr wichtig.

Sie haben Ihren Katalog nicht nur mit Fragen der Pandemie bestückt, sondern darüber hinaus beispielsweise auch das Stichwort „Kulturrat“ genannt. In unseren parlamentarischen Beratungen führen wir immer wieder einmal die Diskussion darüber, ob ein Pandemierat eingerichtet werden sollte. Zumindest die FDP-Fraktion stellt sich diesen interdisziplinär vor. Dazu die ergänzende Frage an Sie, ob Sie sich eine Mitarbeit in einem solchen Pandemierat vorstellen könnten. - Ich nehme an, die Antwort lautet ja. - Wie stehen Sie der Idee gegenüber, dass man - darüber muss man nach zwölf Monaten Pandemie nachdenken - in der aktuellen Situation wie auch in zukünftigen Situationen nicht nur herunterfährt und schließt und nichts stattfinden lässt, sondern unter bestimmten Rahmenbedingungen und möglichst infektionssicher - eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nie - Veranstaltungen ermöglicht?

Prof. Oliver Wille: Unser Angebot von Hilfe und Rat ist immer vorhanden. Ich beobachte - das haben wir auch von Frau Kunkel gehört -, dass das schnelle Reagieren besonders wichtig ist. Gerade in der Kultur und in der Kunst haben wir es immer mit ganz vielen Dingen und nicht nur mit unserem eigenen Fach zu tun. Das Fach Musik hat beispielsweise auch mit Bewegung zu tun, mit der Sprecherziehung der Sänger, also mit allem, was momentan besonders gefährdet. Insofern wäre es sehr wichtig, eine Expertise schnell und auch ganz präzise zu haben.

Nur ein Beispiel dazu: In der Musikhochschule gibt es für alle Landesbediensteten einmal pro Woche einen Test, aber jene, die sich in einer solchen Musikhochschule am meisten bewegen, sind die Studierenden und die Lehrbeauftragten, die viele Nebenjobs und nicht nur eine Professur am Haus haben. Allein in der Musikhochschule Hannover macht diese zuletzt genannte Gruppe

von Menschen 40 % der Lehre aus. Das hat man im MWK womöglich nicht im Blick. Wenn ein übergreifender Pandemierat mit einer Stimme der Kultur vorhanden wäre, könnte man solche Fragen vielleicht viel schneller klären.

Eigentlich läuft es verkehrtherum. Denn wir sind jene, die sich den Selbsttest leisten können. Die Studierenden können das nicht.

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU): Ich schaue in die Runde, ob es weitere Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall.

Dann bleibt mir, mich den Dankesworten anzuschließen, die Ihnen bereits von den Kolleginnen und Kollegen für Ihre heutige Teilnahme und für Ihre wichtige Arbeit für die Kulturschaffenden in Niedersachsen überbracht worden sind. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft, die wir alle gemeinsam brauchen. Alles Gute, und bleiben Sie vor allem gesund. Passen Sie auf sich auf.

Nochmals vielen Dank, dass Sie bei uns gewesen sind.

Tagesordnungspunkt 2:

Verschiedenes

Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU) gab zur Kenntnis, dass die Unterrichtung des Ausschusses in der 11. Sitzung am 19. April 2021 zum **Themenblock 4** „Öffentlicher Gesundheitsdienst; kommunale Umsetzung; Krankenhäuser; Auswirkungen auf die Altenheime und Familien in Zeiten einer Pandemie; Pandemie-Plan des Landes“ durch Ministerin Behrens und Minister Pistorius erfolgen werde.

Für die Anhörung zu dem Themenblock 4 in der Sitzung am 3. Mai 2021 seien folgende Zusagen eingegangen:

- Prof. Dr. Gunda Voigts, Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW), Fakultät Wirtschaft und Soziales, Department Soziale Arbeit
- Dr. Matthias Pulz, Niedersächsisches Landesgesundheitsamt (NLGA)
- Prof. Dr. Gérard Krause, Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung GmbH (HZI)
- Prof. Dr. Hubert Meyer, Niedersächsischer Landkreistag (NLT)
- Helge Engelke, Niedersächsische Krankenhausesellschaft e. V. (NKG)

Von dem Präsidenten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Herrn Armin Schuster, sei eine Absage eingegangen.

Im Anschluss an die Anhörung werde sich der Ausschuss mit dem Fazit zum **Themenblock 3** befassen. Der erste Teil der Zusammenfassung von Herrn Prof. Dr. Duttge und Herrn Dr. Lammer im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zu diesem Themenblock liege bereits vor. Der zweite Teil werde nach der Auswertung der Anhörung in der heutigen Sitzung folgen.

Auf eine entsprechende Frage der Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD) teilte Frau **Stürzebecher** (LTVerw) mit, dass von Herrn Schuster vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe auch keine schriftliche Stellungnahme angekündigt worden sei.

Auf Vorschlag des Vors. Abg. **Kai Seefried** (CDU) kam der **Ausschuss** überein, außer der mündlichen Anhörung zu dem **Themenblock 5** „Wirtschaft in Zeiten einer Pandemie“, für die von den großen Fraktionen jeweils zwei Anzuhörende und von den kleinen Fraktionen jeweils ein Anzuhörender bzw. eine Anzuhörende benannt werden könnten, auch eine schriftliche Anhörung in dem bislang üblichen Umfang durchzuführen.
